

**Eine so originelle wie monumentale Forschungsarbeit: normativ fundiert, empirisch
gründiert, methodisch versiert**

*Jörg Hebenstreit, Wahlkampffinanzierung und Demokratie in den USA, Nomos
Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020, ISBN 978-3-8487-6141-8, 744 Seiten, € 149,-
(Zugleich: Jena, Univ., Diss., 2018)*

So zentral das Thema der Wahlkampffinanzierung für die Qualität der US-amerikanischen Demokratie und so umtriebiger demzufolge dieser Forschungszweig in den USA ist – in der deutschen Politikwissenschaft hat es in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten nicht mehr als eine Handvoll verstreuter Aufsätze zum Thema gegeben. Daran vermochte auch die Tatsache nichts zu ändern, dass der Supreme Court 2010 in seinem bahnbrechenden Citizen-United-Urteil (558 U.S. 310) das Wahlkampffinanzierungsrecht weitgehend dereguliert und die Uhren damit um gut ein Jahrhundert zurückgedreht hat. Das mangelnde Interesse hierzulande mag daran liegen, dass die politikwissenschaftliche USA-Forschung an den deutschen Universitäten nur noch ein stiefmütterliches Dasein führt. Es mag auch auf die Versäumnisse, die anders gelagerten Forschungsschwerpunkte oder die begrenzten Ressourcen der verbliebenen Politologen unter den Amerikanisten zurückzuführen sein. Auf die zentrale Relevanz des Themas und die geradezu kriminalistische Spannung, die es zu erzeugen vermag, kann die fehlende Aufmerksamkeit jedoch nicht zurückzuführen sein. Zum Schaden von *Jörg Hebenstreit*, dem Verfasser der hier zu besprechenden Monographie zu „Wahlkampffinanzierung und Demokratie in den USA“, soll es nicht sein: Er hat für absehbare Zeit das Referenzwerk zum Thema in deutscher Sprache vorgelegt.

Das Buch, eine bei *Michael Dreyer* in Jena erarbeitete Dissertation, beeindruckt nicht nur durch seine Singularität und seinen monumentalen Umfang von 744 Seiten, darunter knapp 70 Seiten Literaturverzeichnis, 30 Seiten Anhang sowie mehr als 50 Tabellen und 20 Abbildungen im Text. Noch höher einzuschätzen als der Fleiß des Autors sind seine wissenschaftliche Neugier und sein Ehrgeiz, die Theorieentwicklung des Forschungsfeldes voranzutreiben. Im Zentrum und ersten inhaltlichen Hauptteil des Buches (S. 202 – 478) steht auch bei *Hebenstreit* die in der Literatur häufig traktierte Frage, ob Wahlen käuflich seien – ob es also ein „Naturgesetz“ in der US-amerikanischen Politik gibt, wonach immer derjenige Kandidat gewinnt, der mehr Wahlkampfspenden eingetrieben hat. Diese Hypothese hat sich jedoch als unterkomplex erwiesen, weil Wahlentscheidungen durch viele Faktoren beeinflusst

werden und jede Wahl andere Kontextbedingungen hat. *Hebenstreit* hat diese methodischen Herausforderungen erkannt, benannt und für sein Forschungsdesign größtenteils die richtigen Konsequenzen daraus gezogen. So unterscheidet er verschiedene Ebenen von Wahlen – Präsidentschafts-, Kongress- und einzelstaatliche Parlamentswahlen (nicht aber Senats- und Repräsentantenhauswahlen) – sowie unterschiedliche Kandidatentypen: Amtsinhaber, Herausforderer, Kandidaten für offene Sitze und Selbstfinanzierer.

Seine Befunde lassen sich dahingehend verallgemeinern, dass „die Einflussstärke von Wahlkampfspenden mit abnehmender politischer Ebene zunimmt“ (S. 477). Bei Präsidentschaftswahlen sei keinerlei Wirkung des Geldes auf den Wahlerfolg messbar, bei Präsidentschaftsvorwahlen „ein teilweiser Einfluss“ (S. 477) und bei Kongresswahlen nur bis zum Erreichen eines bestimmten Schwellenwertes, danach nicht mehr (S. 478). Umstritten sei, ob Herausforderer, was oftmals angenommen wurde, in Kongresswahlkämpfen mehr von Spenden profitierten als Amtsinhaber. Relativ eindeutig dagegen sei, dass reiche Einzelpersonen, die ihren Wahlkampf fast ausschließlich selbst finanzieren, nahezu immer erfolglos blieben (S. 363 – 371). Am größten sei der Einfluss des Geldes auf einzelstaatlicher Ebene, weil hier die Wahlkämpfe am billigsten seien. In manchen Einzelstaaten könne „das Wahlergebnis mit einer zusätzlichen Investition von 100.000 US-Dollar nicht selten um vier bis fünf Prozentpunkte verbessert werden“ (S. 478). Diese Befunde erscheinen insgesamt plausibel; intuitiv ließe sich vermuten, dass sie den Einfluss des Geldes in Wahlkämpfen höherer politischer Ebenen sogar noch unterschätzen. Eine große Schwierigkeit liegt darin, „Wahlerfolg“ zu operationalisieren. Lässt man nur einen Wahlsieg als Wahlerfolg gelten, so ist *Hebenstreit* sicher rechtzugeben. Besteht ein Erfolg im Wahlkampf aber auch schon darin, eine Kandidatur, einen bestimmten Prozentsatz an Stimmen oder eine Lebensverlängerung im Präsidentschaftsvorwahlkampf zu erringen, so stellt sich die Wirkungskraft von Spenden deutlich stärker dar.

Angesichts der Komplexität von Wahlentscheidungen dürfte es sich aber letztlich ohnehin als unmöglich erweisen, den Einfluss des Geldes auf die Wahlentscheidung präzise zu quantifizieren. *Hebenstreit* ist sich dieser Tatsache bewusst, wie sein auf Seite 264 abgebildetes „elektorales Erklärungsmodell“ zeigt. Spenden beziehungsweise die mit ihrer Hilfe erworbenen Wahlwerbepots können die Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens überhaupt nur indirekt beeinflussen – die mittel- und langfristigen Faktoren (soziodemographische Eigenschaften, Wert- und Glaubenshaltungen, Parteiidentifikation) zudem deutlich weniger als die kurzfristigen Themen- und Kandidatenpräferenzen. Interessanter als die Frage nach dem direkten Einfluss des Geldes auf die Wahl sind deshalb

die indirekten Wirkungen unregulierter Geldströme auf die Funktionsweise des politischen Systems beziehungsweise der US-Demokratie generell. Um sich diesem spannenden Feld zu nähern, hat der Verfasser seine Arbeit in eine „kurze Geschichte der Wahlkampffinanzierung“ (S. 116 – 186) eingebunden, in der er den Bogen vom ersten „Gilded Age“ (S. 27 – 46) zum zweiten „vergoldeten Zeitalter“ der Gegenwart schlägt (S. 47 – 57, 632 – 644). Das Citizen-United-Urteil des Obersten Gerichts, soweit sich die Experten einig, stellt in dieser Geschichte eine „juristische Zeitenwende“ (S. 56) dar. In seiner Bedeutung lässt sich das Urteil, so die gelungene Metapher *Hebenstreits*, mit einem „Eisberg“ vergleichen: Oberhalb des Wasserspiegels sind die Auswirkungen auf die Wahlkämpfe zu beobachten, die mit dem Geld vermeintlich kandidatenunabhängiger Super PACs geflutet werden. Unterhalb der Oberfläche – für viele unsichtbar – wirkt sich das Urteil aber mit potenziell weit bedeutsameren Folgen auf die Funktionsweise des politischen Systems aus.

Diese non-elektoralen Folgen des Urteils machen den zweiten inhaltlichen Hauptteil des Buches (S. 479 – 631) aus. Hier zeichnet *Hebenstreit* zum Beispiel nach, wie Citizen United es reichen politischen Unternehmern, die den Republikanern nahestanden, ermöglicht hat, die Ziehung der Wahlkreisgrenzen in den Einzelstaaten nach den Zwischenwahlen 2010 zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Er argumentiert überzeugend, dass die Aufhebung jeglicher faktischen Ausgaben- und Spendenbegrenzung das Grundübel der US-amerikanischen Politik, die Polarisierung zwischen den Parteien, weiter verschärft hat. Andere negative Folgen von Citizen United sieht er zutreffend darin, den permanenten Wahlkampf auf die Spitze getrieben und zu einem permanenten Fundraising gemacht zu haben (S. 509). Erfolgreiche Spendeneinwerbung ist heutzutage vielfach eine unerlässliche Voraussetzung, um im Kongress Karriere machen zu können. Auch wenn der Nachweis, dass mithilfe von Spenden das Abstimmungsverhalten von Kongressmitgliedern „gekauft“ werden kann, nicht zu führen sein dürfte, so spricht laut *Hebenstreit* doch vieles dafür, dass Abgeordnete und Senatoren in ihrem Abstimmungsverhalten einen „vorausseilenden Gehorsam“ (S. 531) an den Tag legen könnten. Weitere negative Folgen der unregulierten Wahlkampffinanzierung sieht er auf partizipatorischer (sinkende Wahlbeteiligung, zurückgehende Beteiligung von Kleinspendern), responsiver (Übersetzung wirtschaftlicher in politische Macht, steigende Korruption) und legitimatorischer Ebene: Das Citizen-United-Urteil habe nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung in das Oberste Gericht, sondern in die politischen Institutionen der US-Demokratie insgesamt beschädigt.

Insgesamt hat der Jenaer Politikwissenschaftler eine hervorragende, auch methodisch überzeugende Forschungsarbeit vorgelegt, die das Thema der Wahlkampffinanzierung in

seinen vielfältigen Facetten ausleuchtet. Die Arbeit demonstriert eindrücklich, **welch weitreichende Konsequenzen die Wahlkampffinanzierung** für die Qualität der US-amerikanischen Demokratie hat. Sie ist von der Sache her so überzeugend, dass sie auf Bekräftigungsformeln wie „selbstredend“, „jedoch ohne Zweifel“ oder „natürlich“, die beim Leser eine intuitive Abwehrhaltung erzeugen, hätte verzichten können. Auch hätte das Buch gewonnen, wenn ein Lektor rigoros das ungelenke Relativpronomen „welche/r“ durch ein geschmeidiges „die“ oder „der“ ersetzt hätte, wo es ohne Doppelung möglich gewesen wäre. Diese stilistische Unart, die mittlerweile grassiert, muss hier einmal aufgespießt werden; der Autor möge es dem ihm wohlgesinnten Kritiker verzeihen. Das gilt auch für **die Frage**: Muss es „vexata quaestio“ oder „retrogressive politics“ sein? Hätte es nicht auch „leidige“ oder „umstrittene Frage“ beziehungsweise „rückschrittliche Politik“ getan? Fremdwörter sollten nur dann verwandt werden, wenn es keine treffende Übersetzung ins Deutsche gibt.

Zum Abschluss noch ein Gedankenbündel, das sich mehr an die wissenschaftlichen Betreuer dieser Arbeit, die Herausgeber der „Neue Amerika-Studien“ und den Verlag richtet als an den Verfasser: Sind nicht 750 Seiten, mögen sie über weite Strecken noch so spannend sein, selbst für den heroischsten Leser ein bisschen zu viel? Hätten nicht alle gewonnen – Verlag, Autor und die Leser – wenn der Umfang des Manuskripts für die Publikation um ein Drittel auf etwa 500 Seiten eingekürzt worden wäre? Vielleicht wäre es auch einmal an der Zeit, für den Umfang von Dissertationen (und Habilitationen) eine solche Obergrenze festzulegen. Das würde allen Beteiligten das Leben etwas erleichtern.

Patrick Horst